

OSTSEE-RUNDSCHAU.DE

vielseitig, informativ und unabhängig

Aus dem Posteingang

Dr. Marianne Linke: "Ich habe eigentlich bisher nur meinen Namen unter einen Aufruf gesetzt, den ich für vollkommen in Ordnung halte. Bedauernswert die Menschen, die sich in dieser gegebenen Situation nicht zu orientieren vermögen. "

-----Original-Nachricht-----

Betreff: **Ex-Linken-Ministerin aus MV kollaboriert mit Putin | SVZ**

Datum: 2022-06-27T13:31:55+0200

Von: "**Dr. Marianne Linke**" marianne.linke@web.de

Liebe Freunde,

die Beiträge machen mich hier zur Heldin, obgleich die Initiative sowie die Durchführung einer großen Anzahl von Bündnispartnern zu danken ist. Ich habe eigentlich bisher nur meinen Namen unter einen Aufruf gesetzt, den ich für vollkommen in Ordnung halte. Bedauernswert die Menschen, die sich in dieser gegebenen Situation nicht zu orientieren vermögen.

Ich grüße Euch, **Marianne**

Linke ergreift Partei für Putin

Ex-Ministerin spricht von Provokation

Von Frank Pubantz

Stralsund. Das könnte Krach in der rot-roten Landesregierung geben: Bei den Linken in Mecklenburg-Vorpommern liegen die Nerven zum Angriffskrieg Russlands in der Ukraine offenbar blank. Grund: Der Stadtverband Stralsund der Partei habe zu dubiosen prorussischen Demonstrationen aufgerufen und quasi Partei für Putin ergriffen.

Mittendrin sei Marianne Linke, von 2002 bis 2006 Sozialministerin im Nordosten, heißt es von den Linken. Die Landesspitze der Partei distanziert sich scharf davon.

Zur „Friedenskundgebung“ bittet die Linke in der Hansestadt Stralsund gemeinsam mit „Rügener Friedensfreunden“ und der DKP wieder am Mittwoch, 30. Juni. „Nein zur Kriegshetze“, heißt es auf einem Flyer. Die Initiatoren wenden sich gegen „den provozierten Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine“, gegen Waffenlieferungen und Kriegsbeteiligung. Auch von „nutzlosen Sanktionen, die uns selber schaden“, ist die Rede.

Die Linken-Spitze reagiert deutlich. „Wer von einem provozierten Angriffskrieg Russlands spricht und damit die Aggression Russlands verharmlost, spricht nicht im Namen der



Marianne Linke 2011 im Schweriner Landtag. Bis 2006 war sie Ministerin.

FOTO: CORNELIUS KETTLER

Partei“, erklären die beiden Landesvorsitzenden Vanessa Müller und Peter Ritter. Dies sei auch ein Verstoß gegen einen Parteitagsbeschluss vom März. Dort stellte die Linke klar: Der von Russlands Präsidenten Putin begonnene Krieg sei völkerrechtswidrig und daher „aufs Schärfste“ zu verurteilen.

In der Schweriner Regierung sorgte Russlands Krieg bereits für Spannungen, wie zu hören ist. Die Linke beklagt auch den Umbau von Werften in MV für Militäraufträge; etwas, das die SPD ausdrücklich befördert. Schon in Vorjahren kritisierte MV-Linken-Chef Ritter Rüstungsaufträge.

Landesvorstand entsetzt

Ex-Linken-Ministerin aus MV kollaboriert mit Putin

Von [Uwe Reißenweber](#) | 23.06.2022, 15:59 Uhr

Ex-Ministerin Marianne Linke sorgt für Empörung in ihrer Partei.

Marianne Linke macht den Linken wieder Ärger. In ihrem Heimatverband Stralsund ruft sie gemeinsam mit Gesinnungsgenossen zu einer dubiosen Kundgebung auf.

Sie hatte schon einmal für bundesweite Empörung gesorgt: Marianne Linke, Ex-Sozialministerin in Mecklenburg-Vorpommern, war auf einem Parteitag der Linken bei einer Schweigeminute für die Maueropfer sitzen geblieben. Nun beschwört sie gemeinsam mit anderen Vorstandsmitgliedern der Linken aus Stralsund und Rügen einen neuen Eklat herauf.

Selbst der aktuelle Landesvorstand sieht sich in der Debatte um Putins Angriffskrieg genötigt, sich scharf zu distanzieren: „Versuche, die aktuell stattfindenden Verbrechen zu relativieren oder durch Taten anderer politischer Kräfte als ‚proviziert‘ darzustellen sind strikt abzulehnen“, heißt es in einer Erklärung von Landesvorstandsmitglied Kevin Zenker. Zenker ist auch stellvertretender Kreisvorsitzender der Linken in Vorpommern-Rügen.

Das steht im Flyer

Anlass ist ein Flyer, in dem Marianne Linke, andere Stadt- und Kreisgrößen der Partei und auch ein Mitglied der DKP zu einer „Friedenskundgebung“ am 30. Juni auf dem Alten Markt in Stralsund aufrufen. Die Initiatoren bezeichnen sich selbst als „Friedensfreunde der Partei DIE LINKE, der Rügener Friedensfreunde und der DKP“.

Kaum verholen wird auf dem Flyer Putins Angriffskrieg relativiert und die Schuld bei den Demokratien gesucht. „In Zeiten der weitgehend gleichgeschalteten Hetze gegen Russland“ wolle man erneut die Stimme erheben gegen „den provozierten Angriffskrieg Russlands in der Ukraine, die einseitige Schuldzuweisung an Russland und die schon seit Jahren laufenden, gezielten Provokationen und Drohgebärden der USA und der Nato gegen Russland“, heißt es. Zugleich wende man sich gegen die „neuen Kriegskredite, die Aufstockung des Militäretats und die Milliardenhilfe der Bundesregierung, der übrigen NATO-Staaten und der EU an die Ukraine“. Auch die Weitergabe von Geheimdienstinformationen und die Ausbildung ukrainischer Soldaten durch Nato-Spezialisten werden in dem Flyer verurteilt. Und so geht es weiter im Stil der [Putinschen Propaganda](#): Von „faschistischen Tendenzen sowie die Korruption der ukrainischen Regierung“ ist ebenso die Rede.

Auf Distanz zu den Initiatoren

Der Landesvorstand der Linken in MV will das alles nicht so stehen lassen: „Ein Krieg ist ein unentschuldigbares Verbrechen, welches das System Putin zweifelsohne begangen hat. Dieses Verbrechen begann mit der Annexion der Krim 2014 und gipfelte im Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Wir als Linke verurteilen diese Kriegstreiberei ebenso wie die Unterdrückung der politischen Opposition und der queeren Bevölkerung in Russland. Somit kann es keinen Zweifel darangeben, dass wir an der Seite derer stehen, die für ihre Freiheit kämpfen“, so Vorstandsmitglied Zenker. Die Linken sollten es auch als ihre Aufgabe begreifen, die Zeit nach Putin zu begleiten. „Denn so groß wie Russland ist, so heterogen ist seine Bevölkerung und so wichtig ist es dann, dass weder faschistische Elemente noch Oligarchen das Ruder wieder an sich reißen.“ Die Initiatoren der „Friedenskundgebung“ sprächen allein für sich und nicht für den Landesverband, sagte Zenker.

Auf den Text des nachfolgend veröffentlichten Flyers, den wir Ende Mai/Anfang Juni 2022 auf Ostsee-Rundschau.de veröffentlichten, beziehen sich die beiden Pressebeiträge in der SVZ vom 23.06.2022 und in der OZ vom 25./26.06.2022.



Aus dem Posteingang

-----Original-Nachricht-----

Betreff: **Geänderter Termin für die neue Friedenskundgebung: In die Ostsee-Rundschau?**

Datum: 2022-05-25T11:17:17+0200

Von: "Klaus Kleinmann" kleinmann.k@yahoo.com

An: "eckartkreitlow@t-online.de" eckartkreitlow@t-online.de

Lieber Eckart,
könntest du den neuen Termin für die Friedensdemo in deine Ostsee-Rundschau stellen?
Das wäre fein. Noch besser wäre natürlich, du kämst persönlich.

Es grüßt dich

Klaus

Friedensfreunde der Partei DIE LINKE und der DKP laden wieder ein zu einer

Friedens- kundgebung

- Stralsund, Alter Markt
- Mittwoch, 08. 06. 2022, 17.00 Uhr

Gegen

- den provozierten Angriff Russlands auf die Ukraine
- Waffenlieferungen und Kriegsbeteiligung
- die massive Aufstockung des Rüstungsetats
- Sanktionen

Für

- die sofortige Beendigung der Kriegshandlungen
- Hilfe für die ukrainische Zivilbevölkerung
- Diplomatie und „Frieden schaffen ohne Waffen“

Nein zur Kriegshetze!



Nein zum Krieg!

V.i.S.D.d.P. Klaus Kleinmann, Garbodenhagen 21, 18437 Stralsund - Photo: Shutterstock